

07. Mai 2018

Kopernikus-Projekt Energiewende-Navigationssystem | ENavi mit zwei Side-Events auf dem „intersessional meeting“ der Conference of Parties (COP) in Bonn



Bild: ©IASS; Foto: Kim Kube

Transformation des Stromsystems – Soziale, wirtschaftliche und institutionelle Bedingungen für einen erfolgreichen Übergang

Um die Erderwärmung unter zwei Grad zu halten, legt das Pariser Klimaschutzabkommen fest, dass die Welt in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts treibhausgasneutral werden muss. Der Übergang von der Kohleverstromung hin zur vermehrten Stromgewinnung aus Erneuerbaren Energien würde einen wesentlichen Beitrag zu dieser erforderlichen Senkung der Treibhausgasemissionen leisten.

Gemeinsam mit dem WWF-Polen diskutierten Partner des Kopernikus-Projekts Energiewende-Navigationssystem | ENavi am 7. Mai 2018 auf dem intersessional meeting der Conference of Parties (COP) Chancen und Probleme zur Transformation des Stromsystems.

Kai Hufendiek, Leiter des Instituts für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung (IER) der Universität Stuttgart und Leiter des ENavi-Arbeitspakets „Wirtschaftlicher Instrumentencheck“, beleuchtete mit verschiedenen Szenarien des Energiesystems, wie der Ausstoß von Treibhausgasen vermindert werden kann. Das aktuelle EU-Vorgehen bewertete er als nicht ehrgeizig genug. Eine wirksame Alternative wäre eine europäische „Koalition der Willigen“, die als Vorreiter mit einer ambitionierten CO₂-Bepreisung oder einem beschleunigten Auslaufen der Kohleverstromung kurzfristig zum EU-weiten 2030-Ziel beitragen könnte, die Emissionen um 40 Prozent zu reduzieren. Das wäre für die Länder, die an der Koalition teilnehmen, jedoch mit hohen Kosten verbunden. Bis 2050 sollen die Treibhausgas-Emissionen um 80 Prozent verringert werden. Dieses Ziel kann die Koalition der Willigen nicht allein

erreichen. „Die System-Analyse zeigt deutlich, dass auf lange Sicht kein Weg an einem gemeinsamen ambitionierten Vorgehen auf EU-Ebene vorbei führt“, fasste Kai Hufendiek die Optionen zusammen.

Michael Rodi, Vorsitzender und geschäftsführender Direktor, Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität (IKEM) und Leiter der ENavi-Arbeitspakete „Rechtssicheres Gelingen“ und „Praxistest“ betonte, wie wichtig für einen sozial gestalteten Übergang von der Kohleverstromung hin zu einem hin zu einem treibhausgasärmeren Energiesystem ein push- und pull-Ansatz ist: „Einen guten Maßnahmen-Mix erkennt man daran, dass der Ausstieg aus einer Technologie – hier die Kohleenergie – Hand in Hand geht mit der (nationalen) Unterstützung einer neuen Technologie – in diesem Fall erneuerbare Energien“.

Ortwin Renn, wissenschaftlicher Direktor, Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) und ENavi-Sprecher, erläuterte anhand von Praxisbeispielen, wie Bewohnerinnen und Bewohner in betroffenen Kohleregionen wirtschaftlich, aber auch sozial und kulturell unterstützt werden können. Die Zustimmung zur Energiewende ist in Deutschland mit 88 Prozent sehr hoch. Die Bevölkerung empfindet jedoch die Umsetzung der Energiewende als sozial ungerecht. Insbesondere bei der erforderlichen Abkehr von der Kohleverbrennung ist es wichtig, die Belange der Betroffenen ernst zu nehmen und sie an einem erforderlichen Strukturwandel zu beteiligen. „Die Frage ist nicht ‚ob‘, sondern ‚wie‘ und ‚wie schnell‘ die Kohleverstromung auslaufen sollte“, unterstrich Ortwin Renn.

Oskar Kulik, Klima- und Energieexperte, WWF Polen, stellte ein Praxisbeispiel zum gerechten Übergang in Ost- und Südeuropa im Rahmen der Europäischen Klimainitiative (EUKI) vor. Das polnische Schlesien ist eine von insgesamt vier europäischen Kohleabbaugebieten, in denen ein nachhaltiger Übergang untersucht wird. In Polen wird Kohle als Schlüsselfaktor für eine Energie-Unabhängigkeit betrachtet, 80 Prozent des Stroms wird aus Kohle hergestellt. Oskar Kulik stellt fest: „In Polen wird das notwendige Auslaufen der Kohlenutzung nur mit einem sozial gerechten, nachhaltigen Übergang und Strukturwandel in den Kohleregionen gelingen“.

Über 60 internationale Teilnehmer – darunter Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und Forschungsinstituten sowie Abgesandte internationaler Länder – diskutierten, ob und wie sich lokale Erfahrungen auf andere Länder übertragen ließen und welche besonderen Kontextbedingungen hier mit zu beachten seien. Es zeigte sich, dass sich Ergebnisse nicht eins zu eins übertragen lassen. Ein offener, interdisziplinärer Informationsaustausch trägt jedoch dazu bei, vorliegende Erkenntnisse auf die jeweiligen Rahmenbedingungen vor Ort maßgeschneidert anzupassen. Beispielsweise sollten Technologien, die unwirtschaftlich sind, rechtzeitig aufgegeben werden – zugunsten anderer erfolgversprechender Entwicklungen. Die Ausgestaltung eines nachhaltigen Strukturwandels sollte nicht dazu ausgenutzt werden, den Ausstieg aus der Kohleverstromung zu verzögern.

ZEW-Forscher diskutieren mögliche Wege zur CO₂-Reduktion auf UN-Klimakonferenz

Wie kann der Wandel zu einer ökologischen wie auch sozial nachhaltigen Gesellschaft ökonomisch sinnvoll gestaltet werden? Wie sollte dieser Wandel gesellschaftlich umgesetzt werden? Wie können die Beteiligten die Prozesse und die Akzeptanz für solche Transformationsprozesse unterstützen? Zu diesen Fragen präsentierten ZEW-Umweltökonominnen wissenschaftliche Ergebnisse aus aktuellen Forschungsarbeiten beim Side Event „Towards an Integrated Assessment of Economic, Social and Technological Green Transformation Pathways“ am 7. Mai 2018 bei der Climate Change Conference (SB48) der Vereinten Nationen (UN) in Bonn.

Die gemeinsam vom ZEW, dem ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. und der Universität Kassel organisierte Veranstaltung bot dem Publikum eine angeregte Diskussion zur Umsetzung ambitionierter Klimaschutzbeiträge auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen. Die Umweltökonominnen/-innen des ZEW, des ifo Instituts sowie der Universität Kassel präsentierten und diskutierten gemeinsam mit Vertreterinnen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Paris sowie des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Unternehmen sind ein wichtiger Schlüssel zur Erreichung der Klimaschutzziele

Dr. Martin Kesternich, stellvertretender Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ und ZEW-Wissenschaftler Dr. Philipp Massier gaben in ihren Vorträgen Einblicke in aktuelle Forschungsarbeiten aus den Projekten [InTrans](#) und [Kopernikus „ENavi“](#), die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert werden. Philipp Massier unterstrich die Bedeutung von Unternehmen für die Erreichung der europäischen und deutschen Klimaschutzziele und stellte am Beispiel der Energieeffizienz im verarbeitenden Gewerbe Treiber und Barrieren für entsprechende Investitionen in energiesparende Technologien dar. Er betonte, dass in vielen Industriesektoren Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz vorhanden seien, die zur Erreichung der Klimaschutzziele in Betracht gezogen werden könnten. Die Vorträge der weiteren Panel-Teilnehmer/innen stellten sowohl die Herausforderungen bei der Umsetzung von regionalen Energiekonzepten als auch die Anforderungen an Klimaschutzaspekte vor dem Hintergrund einer zunehmenden globalen Urbanisierung zur Diskussion. Zudem hoben die Referenten/-innen die Rolle der politischen Ebene für Klimaschutzanstrengungen (oder -initiativen) hervor, beispielsweise bei der Ausgestaltung und Harmonisierung der Steuer-, Innovations- und Wettbewerbspolitik.

Veränderungsprozesse von Interessenskonflikten begleitet

Für viel Diskussionsstoff sorgten auch die Ergebnisse einer Umfrage unter den Delegierten früherer Klimakonferenzen sowie Wissenschaftlern/-innen zur Rolle des Geo-Engineering als mögliches weiterführendes Instrument auf internationaler Ebene, um negative Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden. Einig waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die Akzeptanz von Transformationsprozessen unmittelbar mit der Einbindung und Sensibilisierung der unterschiedlichen Anspruchsgruppen verbunden ist, da viele Prozesse durchaus erklärungsbedürftig sind. So zeigte sich am Beispiel der regionalen Energiekonzepte in ländlichen Regionen, dass Umwelt- und Klimaschutz nicht – wie vielleicht zunächst vermutet – unmittelbar miteinander einhergehen, beispielsweise bei der Flächennutzung zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Auch am Beispiel der Urbanisierung wurde deutlich, dass Städte als „Innovationshubs“ Raum für vielfältige soziale Innovationen und Experimente bieten können, aber auch hier unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen, die ein Stadtbild individuell prägen.

Ertragreiches Side Event in Bonn

So konnte ZEW-Umweltökonom Dr. Martin Kesternich zum Ende der Veranstaltung resümieren, dass das Side Event vor dem Hintergrund der zunehmenden Ausdifferenzierung von Transformationsprozessen auf den unterschiedlichen räumlichen und sozialen Ebenen spannende Eindrücke und Impulse für Entscheidungsträger/-innen aus Politik und Wirtschaft sowie Bürger/-innen aufzeigen konnte. Es bestätigte sich, dass derartige Erfahrungsaustausche von großer Bedeutung für erfolgreiche Transformationsprozesse sind, nicht nur, um von den unterschiedlichen Anspruchsgruppen und ihren Interessen zu lernen, sondern auch, um Anregungen für die eigene Forschungsarbeit zu gewinnen.